

# Medienspiegel Woche 8\_18



## Inhalt

Starke Volksschule SG, 24.2.2018 <a href="#"><u>Kinder im Netz globaler Konzerne</u></a>	<a href="#"><u>1</u></a>
St. Galler Nachrichten, 14.02.2018 <a href="#"><u>75 Millionen für eine IT-Bildungsoffensive</u></a>	<a href="#"><u>2</u></a>
Zürcher Unterländer, 10.02.2018 <a href="#"><u>Computer statt Wandtafel</u></a>	<a href="#"><u>3</u></a>
Medienmitteilung von economiesuisse, 09.02.2018 <a href="#"><u>Individuelle Förderung dank Digitalisierung der Schule</u></a> Kommentare <a href="#"><u>Ein bildungspolitischer Paukenschlag</u></a> <a href="#"><u>Economiesuisse mit Linksparteien für Lehrplan 21</u></a>	<a href="#"><u>4</u></a> <a href="#"><u>4</u></a> <a href="#"><u>5</u></a>
Zürichsee-Zeitung 17.2.2018 <a href="#"><u>Der neue Lehrplan: Von kompliziert und überladen bis nötig und stimmig</u></a> Leserbrief von Kurt Scherrer Leserbrief von Dr. med. Hannes Geiges	<a href="#"><u>5</u></a>
20 Minuten, 22. Februar 2018 <a href="#"><u>Lehrer schicken auffällige Schüler zum Hirn-Check</u></a>	<a href="#"><u>7</u></a>
Schule Schweiz, 20. Februar 2018 <a href="#"><u>Französisch und Englisch zählen nicht mehr beim Übertritt an die Sekundarstufe</u></a>	<a href="#"><u>9</u></a>
Tagblatt, 20. Februar 2018 <a href="#"><u>So will die Thurgauer Schule den Französischunterricht verbessern</u></a>	<a href="#"><u>10</u></a>
Tagblatt, 20. Februar 2018 <a href="#"><u>Gymnasiallehrer mit Schmalspurstudium?</u></a>	<a href="#"><u>11</u></a>



Vortragsreihe «Schule & Pädiatrie»

**Wohin führt die Vermessung der Kinder?**

Mittwoch 21. März 2018, 18.30 bis 20.30 Uhr



## Veranstaltungshinweis

### Wohin führt die Vermessung unserer Kinder?

Referenten:

**Prof. Dr. Alexander Grob (Universität Basel) und  
KD Dr. med. Sepp Holtz (Zürich)**

Die Vortragsreihe ist öffentlich, kostenlos und ohne  
Voranmeldung zu besuchen.

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme.

Freundliche Grüsse

Prof. Dr. med. Roger Lauener

Chefarzt Pädiatrie

[Beschreibung und Einladung](#)

Starke Volksschule SG, 24.2.2018

## Buchbesprechung

# Kinder im Netz globaler Konzerne

## Der Lehrplan 21 als Manipulationsinstrument

Für eine verantwortungsvolle und ehrliche Diskussion über die Aufgabe unserer Volksschule

Dr. phil. Judith Barben-Christoffel  
Eikos-Verlag 2018



Endlich haben wir eine zusammenfassende Analyse der aktuellen „Schulreformen“, die schweizweit heftig diskutiert werden. Jahrzehntlang haben Eltern und Lehrerinnen und Lehrer mit wachsendem Unbehagen die in kleinen aber stetigen Schritten eingeführten Veränderungen in der Schule beobachtet und auch kritisch kommentiert. Eine steigende Flut von täglichen Medienbeiträgen zu den problematischen Neuerungen zeugt von dieser Auseinandersetzung, die in naher Zukunft – nach der Einführung des Lehrplan 21 – sicher noch kräftiger werden wird.

Das neue Buch der Autorin von „Spin doctors im Bundeshaus“, Judith Barben, fasst diese Kritik an den von oben verordneten „Reformen“ sehr überzeugend zusammen und erklärt deren Hintergründe, beispielsweise die Ursprünge dieser fatalen Umwälzungen in den Absichten der OECD, amerikanische „Schulreformen“ in Europa umzusetzen – „Reformen“, die notabene vorher schon das öffentliche Erziehungswesen in den USA ruiniert hatten. Glasklar werden die schweizerischen Erfüllungsgehilfen in Pädagogik, Politik und Öffentlichkeit benannt und auf ihre Verantwortung verwiesen.

Diese Neuerscheinung ist nicht nur für Insider ein Leitfaden zum Verständnis der „reformierten“ Schule, sie bietet besonders auch interessierten Müttern und Vätern eine Orientierung, wie diese Entwicklungen einzuordnen sind und wie ihnen begegnet werden kann. Die Autorin beschreibt mit viel Liebe und Überzeugungskraft die Bedeutung vom richtigen Lernen des Lesens, Schreibens und Rechnens – den Grundlagen unseres öffentlichen Bildungswesens. Durch die überspitzte Individualisierung und die totale Digitalisierung stehen diese Grundlagen der humanistischen Bildung im Sinne Pestalozzis wieder zur Diskussion. Deshalb ist es für uns Eltern wie Lehrer wichtig, dass wir genau wissen, was sich in der „modernen“ Schule abspielt, welche Kräfte am Werk sind.

Wer sich für das Thema interessiert, wird das Buch nicht mehr weglegen, bis es zu Ende gelesen ist. Es gelingt Judith Barben die komplexen und zu grossen Teilen verdeckten Zusammenhänge übersichtlich und überzeugend darzustellen. Ein Muss für Pädagogen und Eltern.

Starke Volksschule SG

[Beschreibung und Bestellung](#)

<http://www.eikos.ch/index.php/kinder-im-netz-globaler-konzerne.html>

St. Galler Nachrichten, 14.02.2018

## 75 Millionen für eine IT-Bildungsoffensive

**Stadt und Kanton St.Gallen lancieren eine IT-Bildungsoffensive und achten darauf, dass die gesprochenen Mittel in die digitale Ausbildung fließen und nicht etwa in die Verwaltung. Wesentlicher Bestandteil ist die in der Stadt entwickelte «IT St.Gallen rockt» beziehungsweise die Aktivitäten des Vereins IT St.Gallen.**



**Chancennutzung** Im Bestreben, die IT-Ausbildung zu fördern, errichtet der Verein IT St.Gallen auch eine Vernetzungsplattform für Praktikumsplätze und –einsätze. Dies ist dem Aufgaben- und Finanzplan 2019 bis 2021 des Kantons St.Gallen zu entnehmen, wo die IT-Bildungsoffensive im Kapitel «Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite» aufgeführt wird. Die Regierung sieht vor, während acht Jahren insgesamt 75 Millionen Franken in Sonderefforts für Quantensprünge im Bereich Digitalisierung/MINT-Kompetenzen auf der Drehscheibe zwischen Bildung und Wirtschaft auszurichten.

### **Neue Unterrichtsformen entwickeln**

Zu den Schwerpunkten der IT-Bildungsoffensive gehört die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Bildung und Digitalisierung zugunsten der Volks- und der Mittelschule an der Pädagogischen Hochschule St.Gallen. Es sollen mit Modellschulen auf die Digitalisierung ausgerichtete Unterrichtsformen entwickelt und erprobt werden, die später flächendeckend implementiert werden können. Ausserdem konzipiert die Pädagogische Hochschule Weiterbildungen und Lernmedien, um die Lehrpersonen für innovativen Unterricht in der digitalen Welt bestmöglich zu rüsten.

Für die Berufsbildung wird mit Beteiligung von Wirtschaftsverbänden eine digitale Plattform entwickelt, um die Zusammenarbeit zwischen den drei Ausbildungsorten (Betriebe, Schulen, Branchenverbände) zu optimieren und ein flexibleres, lernortunabhängigeres Lernen zu ermöglichen. Über diese Struktur sollen auch Weiterbildungen für alle Beteiligten angeboten werden.

### **Kompetenzzentrum für Angewandte Digitalisierung**

Ausserdem bauen die drei Fachhochschulen im Kanton gemeinsam ein standortübergreifendes Kompetenzzentrum für Angewandte Digitalisierung auf. Dieses betreibt einen digitalen Campus und errichtet nachfrageorientiert an einzelnen bisher noch nicht abgedeckten Schulstandorten Studiengänge. Damit wird ein direkter Beitrag an die Reduktion des Fachkräftemangels geleistet.

### **School of Information Science an der Universität**

Weiter ist vorgesehen, dass die Universität St.Gallen einen Schwerpunkt Informatik und Management mit einer School of Information Science zur Ausbildung von akademischen Kadern auf der Schnittstelle von IT-Technologie und Wirtschaft aufbaut. Die School und die zugehörigen Institute werden für insgesamt 27 Dozierende sowie jährlich rund hundert Bachelor- und 50 Masterabschlüsse dimensioniert.

Botschaft und Entwurf für einen Kantonsratsbeschluss über einen Sonderkredit für die IT-Bildungsoffensive sollen dem Kantonrat auf die Aprilsession zugeleitet werden. Das Vorhaben geht auf eine Motion der SVP-, CVP/EVP- und FDP-Fraktion im Kantonsrat zurück, die 2016 gutgeheissen wurde.

[http://www.st-galler-nachrichten.ch/st-gallen/detail/article/75-millionen-fuer-eine-it-bildungsoffensive-00134418/#!mediaoverlay/article\\_134418/0](http://www.st-galler-nachrichten.ch/st-gallen/detail/article/75-millionen-fuer-eine-it-bildungsoffensive-00134418/#!mediaoverlay/article_134418/0)

Zürcher Unterländer, 10.02.2018

## Computer statt Wandtafel

**Economiesuisse regt an, die Kinder in Mathematik und Deutsch nicht nach Alter, sondern nach Niveau zu unterrichten – mithilfe digitalen Unterrichts.**

Es ist eine paradoxe Aufgabe: Die Schulen müssen die Arbeitskräfte von morgen auf eine wirtschaftliche Zukunft vorbereiten, die sie gar nicht kennen. Schätzungen zufolge werden zwei Drittel der heutigen Schüler dereinst in Jobs und Funktionen arbeiten, die es noch nicht gibt. Die Digitalisierung verändert den Arbeitsmarkt rasant – und die Wirtschaft ist unzufrieden, wie die Schulen auf diese Entwicklung reagieren. Deshalb drückt sie jetzt aufs Tempo: Ein halbes Jahr bevor grosse Kantone wie Zürich und Bern den Lehrplan 21 einführen, hat der Dachverband Economiesuisse gestern seine Forderungen für einen digitalisierten Unterricht vorgestellt.

Zum einen geht es der Wirtschaft um das neue Fach Medien und Informatik, das künftig ab der Mittelstufe mit mindestens einer Wochenlektion unterrichtet wird. Economiesuisse bereitet Sorgen, dass es in manchen Kantonen auf Kosten der Mathematik eingeführt werden soll, wie Chefökonom Rudolf Minsch sagt. Das sei angesichts des Mangels an Mint-Fachkräften kontraproduktiv. Wichtig sei zudem, dass Informatikinhalte auch in andere Fächer diffundierten – dass etwa im Zeichenunterricht Bilder digital bearbeitet würden. Doch auch dafür seien die Voraussetzungen in den Schulen nicht ideal: Insbesondere ältere Lehrkräfte verfügten nicht über ausreichend Kenntnisse, um den Schülern diese Inhalte näherzubringen. Economiesuisse schlägt deshalb vor, Informatiklehrlinge oder -studenten als Klassenassistenten einzusetzen.

### **Klassen auflösen?**

Doch die Wirtschaft geht noch viel weiter: Nach ihrem Willen soll die Schule nicht nur neue Inhalte anbieten, sondern sich komplett neu organisieren. Konkret sollen Primarschüler künftig in den beiden Kernfächern Mathematik und Deutsch «digital» unterrichtet werden. Individualisierte Lernformen wie Wochenpläne würden bislang durch den enormen Aufwand für die Lehrer erschwert, sagt Minsch. Mit computerbasierten Lernprogrammen sei es fortan wesentlich einfacher, die Lernfortschritte zu kontrollieren und zu dokumentieren.

Die Forderung birgt Sprengkraft, denn der Wirtschaftsdachverband verknüpft den digitalen Unterricht mit einer Aufweichung der Stammklassen: Die Primarschüler sollen in Mathe und Deutsch nicht mehr in ihren Jahrgangsklassen, sondern nach Niveau unterrichtet werden – analog den Leistungsklassen in der Oberstufe. «Wir müssen von der irrigen Meinung loskommen, alle Schüler gleich weit bringen zu können», sagt Minsch dazu. Die Kombination aus leistungs-basierten Klassen und individuellem digitalem Lernen verspreche den grössten Schulerfolg in den beiden Kernfächern – sowohl für die starken als auch für die schwachen Schüler. Minsch ist überzeugt, dass diese Unterrichtsstruktur der Schule den Weg in die Zukunft weisen wird: «Es ist nicht die Frage ob, sondern wann dieses Modell kommt.»

Das beurteilt der Lehrerdachverband LCH indes anders. «Der individuelle Lernprozess kann künftig auch digital abgebildet werden, ohne die Stammklassen aufzulösen», sagt Präsident Beat W. Zemp. Die Lehrerschaft und die Kantone wehren sich zudem gegen den Vorwurf, die Digitalisierung zu zögerlich in die Schulzimmer zu integrieren. Bei der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) heisst es, die Kantone setzten sich intensiv mit deren Auswirkungen auf die Bildung auseinander. Noch im laufenden Jahr werde eine Strategie zum Thema erarbeitet.

Und der Berner Erziehungsdirektor Bernhard Pulver warnt davor, angesichts der neuen computerbasierten Lernprogramme in «Goldgräberstimmung» zu verfallen. Gerade weil die Digitalisierung alles tiefgreifend verändere, sei es wichtig, dass die Schüler nicht vor den Computern vereinsamen.

### «Es geht um die Haltung»

Der perfekte Umgang mit den technischen Geräten sei zweitrangig, zumal diese in einigen Jahren bereits wieder überholt seien, so Pulver. Stattdessen müsse sich die Schule eben gerade auf ihre klassische Aufgabe besinnen: «Sie muss den Schülern eine Haltung vermitteln. In diesem Fall die Haltung, keine Angst vor Veränderungen zu haben und Innovationen offen zu begegnen. Das ist nur im zwischenmenschlichen Austausch möglich.»

Das beurteilt Zemp ebenso: «Das Klassenzimmer und die Lehrer werden durch die Digitalisierung keineswegs überflüssig.» Der oberste Schweizer Lehrer begrüsst es, dass auch Economiesuisse dies im Forderungspapier betont. Der Wirtschaftsdachverband verweist auf Studien, denen zufolge soziale Kompetenzen künftig auf dem Arbeitsmarkt sogar eher noch stärker nachgefragt sein werden.

Die sozialen Kompetenzen kämen allerdings gerade in den digitalen Leistungsklassen, wie sie der Wirtschaft vorschweben, zu kurz, gibt Zemp zu bedenken. «Die Schüler lernen in heterogenen Klassen viel voneinander.»

Raphaela Birrer

Medienmitteilung von economiesuisse, 09.02.2018

## Individuelle Förderung dank Digitalisierung der Schule

**Auf die grossen technischen und gesellschaftlichen Umwälzungen durch die Digitalisierung muss auch das Bildungssystem Antworten finden. economiesuisse hat heute aufgezeigt, wohin die Reise aus Sicht der Wirtschaft gehen soll. Der Dachverband sieht gute Kenntnisse in Mathematik und Erstsprache als Ausgangspunkt für den konsequenten Aufbau von Kompetenzen im MINT-Bereich. Punkto Informatikunterricht fordert economiesuisse eine konsequente Umsetzung des Lehrplans 21. Vor allem aber appelliert der Verband an die Schulen, technikbasierte Möglichkeiten für die individuelle Förderung auf breiter Front zu nutzen.**

<https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/individuelle-foerderung-dank-digitalisierung-der-schule>

---

### Kommentare

#### Ein bildungspolitischer Paukenschlag

Die umstrittenen Forderungen des Wirtschaftsverbands Economiesuisse zur umfassenden Digitalisierung der Primarschule haben mit einem Schlag gezeigt, wozu die überzogenen Zielsetzungen des neuen Lehrplans verleiten können. Der Verband hat erkannt, dass die Idee einer konsequent leistungsdifferenzierten Förderung der Primarschüler die Ressourcen der Volksschule übersteigen würde. Das Konzept des neuen Lehrplans sieht vor, jeden Schüler in seinem eigenen Lerntempo zu unterschiedlichen Lernzielen zu führen. Pädagogisch gesehen ist gegen eine massvolle Individualisierung nichts einzuwenden, doch der Lehrplan verfolgt einen radikaleren Ansatz, indem er das massgeschneiderte Lernen zum Grundprinzip erhebt. Da gleichzeitig auf verbindliche Jahresziele verzichtet wird, droht eine kaum noch zu bewältigende Heterogenität in den Klassen. Ohne eine teure zweite Lehrkraft pro Klasse dürften die höchst anspruchsvollen Zielsetzungen deshalb kaum erreicht werden.

Ecomiesuisse glaubt nun die Lösung gefunden zu haben, indem der Unterricht in Mathematik und Deutsch über digitale Lernprogramme abgewickelt würde. Die Aufgabe der Lehrpersonen bestände hauptsächlich darin, den Unterricht zu organisieren und die Schüler bei den Lernprozessen zu überwachen. Zudem sollten die Primarschüler in den Hauptfächern in Leistungsgruppen eingeteilt werden. Man ist überzeugt, dass mit den vorhandenen finanziellen Mitteln so mehr heraus schauen und das Konzept des neuen Lehrplans ein Erfolg wird.

Das einschneidende Reformkonzept deckt auf, dass der neue Lehrplan die Schule grundlegend verändern wird. Bei allem Respekt vor der Absicht, einen gesunden Leistungsgedanken schon früh bei der Jugend zu verankern, ist der Preis für dieses Anliegen zu hoch. Dessen Verwirklichung käme einem Abschied



von humanistischen Bildungsvorstellungen gleich. Wer weiterhin beschwichtigt, der neue Lehrplan habe keine nennenswerten Auswirkungen auf den Unterricht, tut dies gegen besseres Wissen oder hat das viel gerühmte Lehrplankonzept innerlich bereits aufgegeben.

Hanspeter Amstutz

<http://www.lehrplan-vors-volk.ch/medien-1/180218/>

## **Economiesuisse mit Linksparteien für Lehrplan 21**

Die Forderungen von Economiesuisse, dem die globalen Konzerne mit Sitz in der Schweiz angehören, sind nichts Neues. Schon bei der Gründung der globalen Wirtschaftsorganisation OECD 1961 war der Totalumbau der nationalen Bildungssysteme das Haupttraktandum. Die europäischen Mitgliedstaaten wurden vom Gründungspräsidenten, einem hohen Funktionär der US-Regierung, aufgefordert, ihre Bildungssysteme gemäss amerikanischem Vorbild umzubauen, obschon das US-Bildungssystem schon damals ein tiefes Niveau hatte. Es erstaunt nicht, dass Economiesuisse die konsequente Umsetzung des Lehrplans 21 fordert. Dieser basiert gemäss den „Grundlagen für den Lehrplan 21“ auf der „Kompetenzorientierung“ nach Weinert. Der deutsche Psychologe Franz Weinert hat diese Art neoliberaler „Kompetenzorientierung“, die auf der „Unterrichts“ebene das individualisierte, „selbstgesteuerte Lernen“ am Computer beinhaltet, 1999 für die OECD geschaffen. Nicht nachvollziehbar ist, dass kapitalismuskritische Linksparteien ebenfalls für den Lehrplans 21 sind, obschon mit ihm eine alte Forderung der globalen Konzerne in Erfüllung geht, mit der die globalen Umsätze massiv gesteigert werden können. Was gleichzeitig für die Volksschule ein Bildungsabbau in Richtung amerikanisches Niveau bedeutet.

Peter Aebersold

### **Mehr aus Zürich**

Zürichsee-Zeitung 17.2.2018

#### **Der neue Lehrplan: Von kompliziert und überladen bis nötig und stimmig**

##### ***Leserbrief von Kurt Scherrer, lic.phil.I, Wald, 20. Februar 2018:***

Es ist der Zürichsee-Zeitung und dem Zürcher Oberländer zugute zu halten, dass die Pro- und Kontra-Aussagen zum Lehrplan 21 (Lp21) immerhin einen der weit herum leider eher raren medialen Versuche darstellen, im Hinblick auf die Mitbestimmungsinitiative zu Bildungsfragen am 4. März auf einer sachlichen Ebene zu einer Meinungsbildung der Leserinnen und Leser beizutragen. Leider stimmt Einiges in den Aussagen von Frau Heidelberger nicht und muss korrigiert werden. Ohne konkret zu werden behauptet sie beispielsweise pauschal, man müsse den Lehrplan den gesellschaftlichen Veränderungen anpassen. Wirklich sinnvolle Anpassungen aber, die einem tatsächlichen Bedürfnis und einer Notwendigkeit an der Basis entsprechen würden, wären schon heute jederzeit möglich und bedingten erst recht in keiner Art und Weise den vorgesehenen Totalumbau des gesamten Lehrplans. Oder sie sagt, geben wir doch dem Lehrplan eine Chance und machen dann den Feinschliff. Wieso denn soll, statt zuerst in Ruhe seriös zu erproben, eine derart fragwürdige und zurecht umstrittene Sache so übereilt, von oben behördlich verordnet, ohne öffentliche Diskussion, und dann erst noch grad definitiv eingeführt werden? Es besteht doch überhaupt keine Dringlichkeit oder Notwendigkeit dazu! Zudem ist nachgerade eine Überarbeitung oder ein sog. Feinschliff gar nicht einmal vorgesehen! Auch kann man die Zustimmung des Volkes vor 12 Jahren zur Harmonisierung der bestehenden Lehrpläne nicht als rechtfertigenden Freipass auslegen für eine umfassende Neukreation des Lehrplanes auf komplett neuen Grundlagen. Zudem habe ich mich, gelinde gesagt, sehr verwundert etwa über die irrige Behauptung, der neue Lp21 gewährleiste die Methodenvielfalt. Nur schon durch das stets selbständige und eigenverantwortliche Lernen mittels vorgegebenen Lernprogrammen und -abläufen wird die Methodenfreiheit weiter massiv eingeschränkt. Regelmässige Mitarbeitergespräche und (lohnwirksame!) Mitarbeiterbeurteilungen zwecks Disziplinierung der Lehrerschaft auf ihre neue Rolle der beobachtenden Lernbegleiter und der verbindlichen Anwendung der neuen einheitlichen Lernmethode werden das Ihre gegen die wahren pädagogischen Intentionen vieler Lehrpersonen beitragen und lassen teils schon heute grüssen! Eigentlich wäre m.E. eine ausführliche und begründete Korrektur oder eine Gegendarstellung zu allen publizierten Falschaussagen von Frau Heidelberger am Platz.

***Leserbrief von Dr. med. Hannes Geiges, praktizierender Kinder-, Jugend- und Schularzt Männedorf (langjähriger Präsident der praktizierenden Kinderärzte Schweiz)***

Im obigen Artikel wird von Fr. Heidelberger, Befürworterin des LP 21, zugegeben, dass die Art und Weise der Beurteilung, d.h. der Überprüfung der Kompetenzen bei den Schülern bewusst nicht thematisiert wurde

Wir Kinderärzte wissen: Überlastung macht unsere Kinder krank. Wir stellen tagtäglich in unserer Praxis fest, dass die Grenze der schulischen Belastung für sehr viele unserer Kinder schon heute überschritten ist. Es ist unbestritten, dass diese Krankheiten in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben. Die Lehrer fragen für ihre Schüler immer häufiger nach Ritalin, sie selbst haben Burnout's und die Eltern wissen nicht mehr weiter. Die Kosten für Stützunterricht und externe private Kleinklassenschulen gehen pro Gemeinde in Millionenhöhe. Dazu kommen vermehrt medizinische Kosten für Psycho-, Familien- und Ergotherapie.

Was hat das mit dem LP 21 zu tun? Wir Kinderärzte befürchten zu Recht, dass die Überprüfung der über 3000 verlangten Kompetenzschritte, für die zukünftigen Zeugnisse den Schuldruck erhöhen wird. Mit grosser Wahrscheinlichkeit ist das der Grund, warum wir Kinderärzte und – Psychiater nicht zu den 131 befragten Stellen zählten die zur Vernehmlassung des LP 21 eingeladen wurden. Mit grosser Wahrscheinlichkeit ist das auch der Grund, warum die Damen und Herren, die den LP 21 während 5 Jahren hinter verschlossenen Türen ausarbeiteten, heute keine Auskunft geben wollen, wie die Kompetenzen überprüft werden sollen. Sicher haben sie sich auch diesen zentralen Punkt gründlich überlegt. Der LP 21 ist überladen, ungenügend erprobt und mögliche Probleme werden bewusst todgeschwiegen.

Wir Kinderärzte hätten uns gewünscht, dass man die Erfahrungen aus Basel, wo der Lehrplan von 2 Jahren eingeführt wurde, abwarten würde und erst, wenn man dort sehen könnte, dass er praxistauglich ist, ihn bei uns einführen würde. Wir Ärzte sind uns gewohnt, dass alle Neueinführungen, sei es bei Medikamenten oder Operationen, bevor sie auf breiter Basis angewandt werden, ausgiebig erprobt werden. Mein diesbezüglicher Vorstoss bei unserer Bildungsdirektorin blieb unbeachtet.

Wir Kinderärzte finden es falsch, wenn die Handarbeit abgebaut und die Lektionenzahl der Fremdsprachen in der Primarschule ausgebaut wird. Für uns braucht es auch heute noch in der Schule Kopf, Herz und Hand.

Wir Stimmbürger sollten uns nicht einreden lassen, wir seien nicht fähig zu beurteilen was für unsere Kinder gut oder schlecht sei. Jeder von uns Stimmbürgern will, dass unsere Kinder eine gute Zukunft haben werden. Im sogenannten Expertenteam des Bildungsrates gibt es nicht einen einzigen Primar- oder Sekundarlehrer. Die Bildungsdirektorin hat Jus studiert und sich auf häusliche Gewalt spezialisiert, ihr Vorgänger Buschor war Professor an der Handelshochschule SG. Uns Stimmbürgern, Eltern, Lehrer, Ärzten, Psychologen, Therapeuten usw. wird vorgeworfen wird würden ein Chaos hervorrufen. Das Bildungswesen mit seinen Lehrplänen muss auch für uns verständlich und nachvollziehbar sein. Wenn diese Lehrpläne halten, was die Bildungsdirektion verspricht, dann wird auch niemand einen Rekurs machen.

Es besteht kein Grund in der Ausbildung unserer Kinder nicht demokratisch mitdenken und mitreden zu dürfen. Darum ein JA zur Mitsprache bei den Lehrplänen.

20 Minuten, 22. Februar 2018

ADHS-Verdacht

## Lehrer schicken auffällige Schüler zum Hirn-Check

von B. Zanni/S. Ehrbar

**Viele Schüler müssen wegen Verdachts auf eine Aufmerksamkeitsstörung zur Hirnstrom-Messung. Das verunsichert und kränkt die Eltern.**



*Schweizer Kinderärzte stellen eine zunehmende Nachfrage nach Hirnstrom-Messungen (EEG) fest. Damit sollen Kinder auf die ADHS-Störung getestet werden. Das ist nicht unproblematisch. Das Gehirn der Kinder untersuchen lassen zu müssen, kränke manche Eltern und lasse sie zu Unrecht glauben, ihr Kind sei behindert, sagt der Psychotherapeut Francois Gremaud. Auch der Familientherapeut Jürgen Feigel warnt vor zu viel Aktivität: «Wird Eltern bei jeder Auffälligkeit eine Hirnstrom-Messung nahegelegt, löst das grosse Ängste aus», sagt er.*

Der Kopf ist verkabelt. Die Elektroden an der Gummihäubchen auf dem Kopf des Patienten messen jede Aktivität des Gehirns und zeichnen sie auf einem Bildschirm auf. Solche Hirnstrommessungen oder Elektroenzephalogramme (EEG) lässt mittlerweile eine Vielzahl von Kindern über sich ergehen. Damit wird abgeklärt, ob sie an einer Aufmerksamkeitsstörung wie ADHS leiden (siehe Box).

### Handys und Multimedia sind ein Problem

Wer an einer Aufmerksamkeits/Hyperaktivitätsstörung (ADHS) leidet, hat häufig Mühe, sich zu fokussieren und handelt impulsiv. Kinderarzt Roland Kägi, Co-Präsident der ADHS-Fachgesellschaft, sagt, oft seien das Arbeitsgedächtnis und/oder die Verarbeitungsgeschwindigkeit sehr tief. In 80 bis 90 Prozent der Fälle helfen Medikamente wie Ritalin. «Noch in den 80er-Jahren wurde die Diagnose gar nicht gestellt, oder die Eltern waren schuld», sagt er. «Die nicht behandelten Kinder konnten keine gute Ausbildung geniessen und rutschten nicht selten in die Sozialhilfe oder Drogensucht ab.»

Mittlerweile würden Eltern die Krankheit kennen und Lehrer in der Ausbildung sensibilisiert. Deshalb würden mittlerweile 60 bis 70 Prozent der Fälle diagnostiziert. Der moderne, hektische Alltag sei ein Problem. «Dadurch werden ADS-Patienten häufiger und früher klinisch auffällig», sagt Kägi. «In der Schule haben die Kinder vielleicht ein Handy, es gibt multimedialen Unterricht. Irgendwann ist das Mass voll und sie haben keine Kapazität mehr, nicht relevante Dinge wegzufiltern.»

### Jedes zehnte Kind betroffen

Etwa 5 bis 10 Prozent der Kinder leiden unter ADHS. Diese Zahl sei seit Jahrzehnten stabil, sagt Arzt Roland Kägi. Bei den Erwachsenen sind 2,5 bis 5 Prozent betroffen. Die Störung wird meist mit Medikamenten mit dem Wirkstoff Methylphenidat, etwa Ritalin, behandelt. 2016 wurden in der Schweiz 344 Kilogramm Methylphenidat-haltige Arzneimittel ausgeliefert, wie Zahlen von Swissmedic zeigen – eine Verdoppelung innert zehn Jahren.

«Wir stellen eine steigende Nachfrage fest», sagt Nadja Meier, Neuropsychologin in der psychiatrisch-psychologischen Praxis Psy-Bern. «Die Erkenntnis, dass etwa Konzentrationsprobleme in der Schule mit neurobiologischen Auffälligkeiten zusammenhängen, hat sich je länger, je mehr auch in der Bevölkerung etabliert.» Auch Elena Arici, Geschäftsführerin der Praxis Lernwerk, bestätigt: «Jährlich nimmt die Nachfrage nach Neurofeedbacks um zehn Prozent zu.»



### «Verdacht ist oft unbegründet»

Das ist nicht unproblematisch. Der klinische Psychologe und Psychotherapeut Francois Gremaud empfängt immer wieder aufgelöste Eltern. «Vor der Abklärung braucht es sehr viel Beziehungsarbeit», sagt er. Rate die Schule zu einer Hirnstrommessung, sei das für manche Eltern ein Schock. «Das Gehirn ihres Kindes untersuchen lassen zu müssen, kränkt sie und lässt manche zu Unrecht sogar glauben, ihr Kind sei behindert und müsse in eine Sonderschule wechseln.»

Oft stelle sich der ADHS-Verdacht als unbegründet heraus, sagt Gremaud. «Auffällig verhält sich das Kind, weil die Eltern ihm zu wenig Aufmerksamkeit schenken.»

Familientherapeut Jürgen Feigel mahnt vor voreiligen ADHS-Abklärungen. «Wird Eltern bei jeder Auffälligkeit ihres Kindes eine Hirnstrommessung nahegelegt, löst das grosse Ängste aus.» Viele Eltern hätten dann den Eindruck, ihr Kind sei «behindert» oder «abnormal». Auch machten sich die Eltern Vorwürfe, etwas falsch gemacht zu haben.

Feigel sieht der Tendenz zu immer mehr Therapien, die Lehrpersonen und Schulpsychologen empfehlen, skeptisch. «Oft haben Konzentrationsstörungen auch mit den neuen Medien zu tun und eventuell auch ungesunder Ernährung.»

### «Nicht Sache der Lehrer»

Beat W. Zemp, Präsident des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, betont, dass Empfehlungen zu Hirnscans nicht zum Auftrag einer Lehrperson gehörten. «Sie sollen Beobachtungen mitteilen. Alles Weitere ist Sache von Schulpsychologen und Ärzten.»

In den meisten Fällen verordne zwar auch der Kinderarzt oder Psychiater dem Kind eine Hirnstrommessung, sagt Nadja Meier von der Praxis Psy-Bern. «Zuvor erfolgte beim Kind etwa aufgrund von psychischen Problemen, Verhaltensauffälligkeiten oder schulischen Schwierigkeiten eine psychiatrische Abklärung.»

Die Fachpersonen berichten aber, dass auch Lehrer zu solchen Messungen ermuntern würden. Elena Arici von der Praxis Lernwerk: «Meist hat die Lehrperson festgestellt, dass das Kind sich nicht konzentrieren kann oder sich im Unterricht unruhig und störend verhält.»

### Kinder leiden unter Scheidungen

In rund 80 Prozent der Fälle führt eine EEG als Ergänzung zur herkömmlichen ADHS-Abklärung laut Meier tatsächlich zu einer ADHS-Diagnose. «In anderen Fällen erkennen wir kein ADHS-Muster.» Oft hätten Lehrer das zu Unrecht vermutet, weil sie die Probleme der Schüler falsch verstanden hätten.

So verhielten sich viele Kinder auch nur unruhig, weil die Klasse lärmig sei oder die Lehrperson mit ihrem Verhalten nicht umgehen könne. «Oft bemerken Eltern auch nicht, dass das Kind unkonzentriert arbeitet, weil es unter der Scheidung oder dem Leistungsdruck leidet.»

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/Kinder-muessen-vermehrt-zum-Hirn-Test-19728549>

*Wer Zeit hat, lese einige der rund 400 **Kommentare** zu diesem Artikel*

*oder das Kapitel: **Ritalin-Boom – warum?** im Buch [„Kinder im Netz globaler Konzerne“](#).*

Schule Schweiz, 20. Februar 2018

## **Französisch und Englisch zählen nicht mehr beim Übertritt an die Sekundarstufe**

Der Französischunterricht an den Thurgauer Primarschulen wird auf das kommende Schuljahr hin verbessert: Eine Lektion pro Woche muss in Halbklassen unterrichtet werden, und mit «dis donc!» kommt ein neues Lehrmittel zum Einsatz. Dispensationen werden vereinfacht.

### **Thurgauer Regierung verbessert Frühfranzösisch, Top Online, 20.2.**

Das kantonale Amt für Volksschule informierte am Dienstag über die Neuerungen. [Diese entsprechen den Erwartungen und Beschlüssen aus Politik und Gesellschaft.](#) Die Anpassungen gelten ab dem Schuljahr 2018/2019.

Dispensationen für Fremdsprachen werden künftig einfacher, wie es im Communiqué heisst. Die Schulleitung kann Schülerinnen und Schüler in Absprache mit der jeweiligen Lehrperson und den Eltern dispensieren. Die Schulaufsicht muss nicht mehr beigezogen werden.

Mindestens eine Französischlektion pro Woche muss in Halbklassen unterrichtet werden. Dies sei bereits heute in vielen Primarschulen Praxis. An den Mehrkosten beteiligt sich der Kanton mit 700'000 Franken. Weiter zählen die Leistungen in Französisch und Englisch in Zukunft nicht mehr beim Übertritt in die Sekundarschule.

Schliesslich führen die Primar- und Sekundarschulen im Sommer ein neues Lehrmittel ein. «dis donc!» des Lehrmittelverlags Zürich überzeuge mit der Möglichkeit, Unterricht differenziert zu gestalten, mit seinem digitalen Übungsmaterial und einem altersgerechten grafischen Auftritt, heisst es.

Daneben laufen Bestrebungen, um Sprachaustausche und die Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer zu stärken. Die Neuerungen wurden vom Kanton gemeinsam mit Bildung Thurgau, dem Verband der Schulgemeinden und dem Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter erarbeitet und vom Regierungsrat beschlossen.

Der Thurgauer Grosse Rat hatte im Mai 2017 beschlossen, den Französischunterricht auf der Primarstufe abzuschaffen, und damit landesweite Diskussionen ausgelöst. Die Regierung präsentierte darauf Verbesserungsvorschläge, um das Primarschulfranzösisch zu retten. Im Juni sprach sich der Grosse Rat dann knapp mit 62 zu 60 Stimmen für die Beibehaltung aus.

### **Kommentar:**

Urs Kalberer, 20. Februar 2018

Diese Meldung wird begleitet von Titeln wie "Besserer Französischunterricht an Thurgauer Primarschulen ab Sommer" oder "Thurgauer Regierung verbessert Frühfranzösisch". Die Thurgauer Schlaumeier wollen vertuschen, dass sich die Qualität in Wahrheit verschlechtern wird.

Erstens sind da die erleichterten Ausstiegsmöglichkeiten. Manche Schüler werden sich hier für immer vom Französischen verabschieden.

Zweitens ist Französisch nicht mehr übertrittsrelevant. Damit verbunden verschwindet jede Motivation, sich in diesem Fach anzustrengen. Es darf gespielt werden, hurra! Nach zwei Jahren beginnt man an der Sekundarschule dann wieder ganz von vorne. Dies allerdings mit einem neuen Lehrmittel und noch besser ausgebildeten Lehrern, respektive Entertainern. Man wirft also letztlich ziemlich viel Geld auf, um sicherzustellen, dass die Schüler nicht profitieren.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2018/02/franzosisch-und-englisch-zahlen-nicht.html>

Tagblatt, 20. Februar 2018

## So will die Thurgauer Schule den Französischunterricht verbessern

**MASSNAHMEN · Der Französischunterricht an den Thurgauer Primarschulen wird auf das kommende Schuljahr hin verbessert: Eine Lektion pro Woche muss in Halbklassen unterrichtet werden, und mit "dis donc!" kommt ein neues Lehrmittel zum Einsatz. Dispensationen werden vereinfacht.**

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kanton/so-will-die-thurgauer-schule-den-franzoesischunterricht-verbessern;art123841,5220685>

### Kommentar

Anton Müller, 20.02.2018

Augenwischerei und Proforma-Aktivismus ! Wenigstens das Eingeständnis, dass das alte, weniger als 10 Jahre junge F-Lehrbuch, unbrauchbar ist, aber auch das neue wird's nicht richten (und wieviele Mio dieses neue Lehrmittel den Steuerzahler kostet?), denn das eigentliche Problem, längst bekannt aber immer noch nicht angegangen, ist, dass die Grundlagen in der Erst-Muttersprache D fehlen und zusammen mit der 2. Fremdsprache E die Sprachsuppe allzu versalzen ist für das zarte Primarschul-Alter. Und das "Zückerli" der Dispensation ist es keines, denn wer es genießt, für den ist der Zug in eine Sekundar definitiv abgefahren, nur noch die Real möglich, und dass wollen heutige Helikoptermamis sicher nicht, Chancen zubetonieren. Ah, und Primarlehrer sollen den Sprachtausch stärken, aber wenn sich schon Oberstufenlehrer weigern, mit ihrer Klasse in ein Welschlandlager zu gehen, dann sind das wohl nur fromme Wünsche... ob es hilft, die Wunden der Endlosreformitis mit Endlospapier zu pflastern ?

Tagblatt, 20. Februar 2018

## Gymnasiallehrer mit Schmalspurstudium?

Mario Andreotti

**Vor kurzem fand sich in der Presse eine kurze**, offenbar wenig beachtete Notiz, wonach die Erziehungsdirektorenkonferenz vorschlägt, Gymnasiallehrer sollten künftig nicht nur an den Universitäten, sondern auch an den Fachhochschulen ausgebildet werden. Bis heute ist es so, dass die angehenden Lehrkräfte der Maturitätsschulen ihr fachwissenschaftliches Studium etwa in Mathematik, Germanistik oder Geschichte an einer Universität absolvieren, um danach für den pädagogisch-didaktischen Teil ihrer Ausbildung an eine Pädagogische Hochschule zu wechseln.

**Das soll sich nun ändern:** Künftig soll auch der fachwissenschaftliche Teil der Ausbildung zum Mittelschullehrer, ähnlich wie jener der Sekundarlehrer, an Fachhochschulen absolviert werden können. Das kann nicht unwidersprochen bleiben. Als die öffentlich-rechtlichen Fachhochschulen 1998 vom Bundesrat genehmigt wurden, war ihr Auftrag klar: Sie sollten für Absolventen von Berufsmaturitäten auf wissenschaftlicher Grundlage Ausbildungsgänge, etwa zum Betriebsökonom oder zum Sozialarbeiter, anbieten, die aber eindeutig praxisbezogen, anwendungsorientiert sind. Doch anstatt sich auf diesen klaren Auftrag zu beschränken, gebärden sich die Fachhochschulen zunehmend als Universitäten, trachten sie sogar danach, neben Bachelor- und Mastertiteln auch Dokortitel verleihen zu können. Ganz ähnlich wollen sie schon seit Jahren auch die volle Ausbildung zum Gymnasiallehrer, die ein mit Master oder Doktorat abgeschlossenes Studium in einem der zu unterrichtenden Fächer voraussetzt, an sich reissen.

**Schon seit langem kritisieren Schulen und Schulexperten die Fachausbildung** selbst der Sekundarlehrkräfte an den Pädagogischen Hochschulen, weil diese nur noch einem Bruchteil jener der Universitäten entspreche. In Fächern wie Physik, Chemie und Biologie werde im Vergleich nur noch rund zehn Prozent Fachwissen vermittelt. Man nehme damit in Kauf, dass die angehenden Lehrkräfte über ein sehr bescheidenes Fachwissen verfügten; es sei bedenklich, wenn Lehrerinnen und Lehrer teilweise weniger Ahnung vom Stoff hätten als die begabtesten Schüler. Wenn dieses verheerende Urteil schon auf die Sekundarlehrerausbildung zutrifft, wie soll es erst für das fachwissenschaftliche Studium der angehenden Mittelschullehrkräfte gelten? Da die Pädagogischen Hochschulen als Fachhochschulen ihr Schwergewicht auf Pädagogik, Psychologie und Didaktik legen, sind sie gar nicht in der Lage, Lehramtsstudierende in jenen Fächern hinreichend auszubilden, die diese später an Maturitätsschulen unterrichten sollen.

**Dazu kommt, dass nicht wenige Dozentinnen und Dozenten**, die an Fachhochschulen lehren, nicht über jene fachwissenschaftliche Qualifikation verfügen, die für das Unterrichten auf Hochschulniveau eigentlich Voraussetzung wäre. Das musste ich selber erfahren, als ich an mehr als einer Pädagogischen Hochschule Gastvorlesungen hielt. Unsere Mittelschülerinnen und -schüler, aber auch deren Eltern, haben ein Anrecht auf fachlich und didaktisch gut ausgebildete Lehrkräfte; sie spüren sehr wohl, ob eine Lehrperson in ihrem Fach kompetent ist oder ob sie mit einem Halbwissen «glänzt».

**Am kommenden 21. Mai entscheiden** die Stimmberechtigten des Kantons Baselland über die Volksinitiative «Ja zu fachlich kompetent ausgebildeten Lehrpersonen». Die Initiative verlangt, dass die Fachausbildung jener Lehrkräfte, die an Baselbieter Sekundarschulen unbefristet angestellt werden wollen, an die Universitäten zurückverlagert wird. Was für die Sekundarschulen gelten soll, muss umso mehr auch für die Mittelschulen Gültigkeit haben. Gute Lehrkräfte erhalten wir dann, wenn die Studierenden ihre Fachausbildung an der Universität und die methodisch-didaktische Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule absolvieren und damit von den Stärken beider Bildungsinstitute profitieren. Denn letztlich geht es um nichts weniger als den verantwortungsvollen Umgang mit unserem einzigen Rohstoff Bildung – zum Wohl unserer Jugend und ihrer Zukunft.

<http://www.tagblatt.ch/intern/meinungen/meinung/gymnasiallehrer-mit-schmalspurstudium;art120369,5220175>